



München, 12.10.2021

SPD für gleiche Lehrergehälter beim Berufseinstieg

Antrag im Ausschuss für den Öffentlichen Dienst - Sprecher Taşdelen: Freie Wähler unterstützen das Anliegen - die CSU blockiert - Bildungspolitikern Strohmayr und Wild: Bessere Bezahlung überfällig

Die SPD-Landtagsfraktion möchte die Gehaltsunterschiede beim Berufseinstieg von Lehrkräften in Bayern beenden. In einem aktuellen **Antrag**, der heute (12.10.) dem Ausschuss für den Öffentlichen Dienst vorliegt, fordert der Sprecher für Fragen des Öffentlichen Dienstes **Arif Taşdelen**, dass auch Einsteiger in Grund-, Mittel- und Förderschulen wie Gymnasiallehrer nach der Einstufung A13 bezahlt werden. "Der Gehaltsunterschied macht einige hundert Euro aus und ich sehe keinen Grund, warum Grund-, Mittel- und Förderlehrer schlechter bezahlt werden sollen. Mich besorgt, dass immer weniger junge Frauen und Männer an Grundschulen unterrichten wollen. Wir müssen dringend die Bedingungen verbessern", erklärt der Nürnberger Abgeordnete.

Er verweist auf die Unterstützung durch den Regierungspartner Freie Wähler (FW) für das Anliegen in der BLLV-Zeitung. "Es freut mich, dass die Freien Wähler hier auf dem richtigen Weg sind und Druck machen, während die CSU blockiert. Ich bin gespannt, ob sie heute im Ausschuss auch entsprechend abstimmen. Ich sehe hier die Regierungskoalition auf eine neue Krise zusteuern", erklärt Taşdelen. Der Abgeordnete verweist auf Thüringen, wo seit dem 1. August allen Einsteigern ins Lehramt das gleiche Gehalt gezahlt wird.

Die SPD-Bildungspolitikern **Dr. Simone Strohmayr** und **Margit Wild** halten die Forderung längst für überfällig: "Hier geht es um Gerechtigkeit. Niemand versteht mehr, warum angehende Grund- und Mittelschullehrer für die exakt gleiche Tätigkeit weniger bezahlt bekommen als Gymnasiallehrer", stellt Strohmayr fest. Die Regensburger Abgeordnete Wild versteht das Gezerre um die Lehrerbezahlung nicht mehr: "Es ist nun wirklich Zeit. Die Freien Wähler fordern das auch. Jetzt gilt: Nicht reden, sondern machen!"

Im aktuellen Antrag im Ausschuss für den Öffentlichen Dienst fordert die SPD weiter eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Schulen, mehr Verwaltungskräfte, die ebenfalls besser bezahlt werden sollen und eine bessere Datenverwaltung für amtliche Schuldaten.